

Impulsreferat zur 3. Fachkonferenz des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages „Klimaschutz und Energieeffizienz in Kommunen“ am 27. September 2011 in Rendsburg

Bürgermeister Michael Koch, Landesvorsitzender des SHGT

Sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich willkommen zur 3. Fachkonferenz des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages „Klimaschutz und Energieeffizienz in Kommunen“ in Rendsburg.

Sehr geehrte Frau Dr. Rumpf, wir freuen uns besonders, dass Sie persönlich unsere heutige Fachtagung eröffnen, nachdem es im vergangenen Jahr leider kurzfristig nicht geklappt hatte. Auch dies zeigt, welchen Stellenwert die Energiewende in Schleswig-Holstein hat. Es ist aber auch ein kleiner Beleg für die Bedeutung, die diese heute schon zum dritten Mal stattfindende Fachtagung des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages als Forum für alle kommunalen Fragen von Klimaschutz und Energieeffizienz gewonnen hat. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Als wir uns im vergangenen Oktober in diesem Saal trafen, konnten wir nicht einmal erahnen, welche grundlegende Wende die Energiepolitik in Deutschland in den kommenden zwölf Monaten nehmen würde. Damals habe ich mich in meinen Eröffnungsworten noch kritisch mit dem Energiekonzept der Bundesregierung am 28. September 2010 auseinandergesetzt. Heute, genau ein Jahr später, ist von diesem Konzept so gut wie nichts mehr übrig. Fukushima schürte die bange Frage: Kernkraft kaum kontrollierbar und die Folgen unvorhersehbar? Das Ergebnis nach dem ersten Schock war ein Paradigmenwechsel in der deutschen Energiepolitik. Wir sind mittendrin in einer energiepolitischen Umbruchsituation. Die Kernenergie hat ihre Zukunft hinter sich. Die Politik definierte unter dem Schlagwort „Energiewende“ eine neue Zukunft.

Mit der Zustimmung des Bundesrates am 8. Juli 2011 hat der Bund mit mehreren umfangreichen Gesetzen die so genannte Energiewende vollzogen. Wesentliche Säulen dieser Energiewende sind

- die Stilllegung sämtlicher Kernkraftwerke bis zum 31. Dezember 2022,
- die Steigerung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien,
- und der rasche Ausbau der Energienetze.

Was bedeutet das für uns in den Kommunen?

Wir müssen selbstbewusst betonen: ohne die Städte und Gemeinden sind der Atomausstieg und die schnelle Energiewende nicht zu schaffen!

Dazu gehört Know-how. Wir alle wissen, dass es ohne Know-how keine Initialzündungen gibt. Know-how kostet aber Geld. Auch darüber werden wir in der Zukunft sprechen müssen.

Meine These, dass der Atomausstieg und die schnelle Energiewende ohne Gemeinden und Städte nicht zu schaffen ist, möchte ich untermauern.

Die Städte und Gemeinden sind gleich in fünffacher Funktion maßgebliche Akteure:

1. Sie sind verantwortliche Planungsträger für die Ansiedlung von Anlagen der erneuerbaren Energien (Windenergie, Biomasse, Photovoltaik etc.).
2. Die Kommunen sind Besitzer von bundesweit rund 176.000 für eine energetische Sanierung und die Energieeinsparung relevanten Gebäuden.
3. Die Kommunen sind der größte öffentliche Beschaffer von umweltfreundlichen und energieeffizienten Waren.
4. Viele Kommunen sind mit ihren Stadtwerken Lieferant für Strom und Wärme an die Verbraucher und
5. die Städte und Gemeinden dienen als Vorbild für die Bürger und die örtliche Wirtschaft.

Die Gemeinden sind mit ihren Bürgermeistern aber auch oftmals erster Ansprechpartner für die Bürger und sind praktisch dazu gezwungen, auch für die Akzeptanz neuer Windkraftanlagen, Photovoltaikanlagen, Stromleitungen, Biogasanlagen oder hässlicher Fassadensanierungen zu sorgen. Wir wissen genau: die Bürger werden auch uns Bürgermeister für den Protest gegen neue Stromtrassen mobilisieren wollen, wenn sie die Atomkatastrophe in Japan erst einmal vergessen haben.

Wir in den Kommunen werden uns in erster Linie der Diskussion stellen müssen, wenn es um Transparenz sowie rechtzeitige und konstruktive Einbeziehung einer breiten Öffentlichkeit bei Planungs- und Genehmigungsverfahren geht.

Wir werden auch die Folgen zu spüren bekommen, die die erneuerbaren Energien und der Leitungsausbau für das Bild unserer Natur und Landschaft, den Flächenverbrauch, den Zustand unserer Wege, den Schadstoffeintrag, etc. bedeuten.

Ich meine, die Beispiele zeigen, dass neben der Kommunikation mit den Kommunen auch eine Kommunikation der Politik mit den Bürgern notwendig ist. Möglicherweise müssen hier auch unter Nutzung elektronischer Netzwerke ganz neue Wege der Kommunikation mit dem Bürger genutzt werden.

Ungeachtet dessen werden wir in den Kommunen aber die Energiewende mit Tatkraft und Optimismus angehen, so wie alle Aufgaben, die uns gestellt werden. Denn die Energiewende bietet uns auch große Chancen, insbesondere für die wirtschaftliche Entwicklung im ländlichen Raum. Auch hier ist jedoch Ehrlichkeit geboten: der Ausbau der Übertragungsnetze für Strom wird noch sehr lange dauern. Die in den kommenden Jahren entstehenden Windkraftanlagen werden vielleicht erst in acht oder neun Jahren ihre volle Leistung bringen können.

Entscheidend ist also, dass die Politik gute Rahmenbedingungen für uns schafft, die Kommunen ernst nimmt, indem sie auch die kommunalen Belange bei der Umsetzung der Energiewende z.B. in Genehmigungsverfahren berücksichtigt.

Die Kommunen ernst zu nehmen, heißt konkret an einem Beispiel deutlich gemacht:

Wenn die Landesregierung die Gemeinden um die Anmeldung von Windkraftflächen bittet, diese Flächen dann aber häufig nicht in den Entwürfen für die Regionalpläne auftauchen, stehen vor allem die kommunalpolitischen Akteure im Regen, die sich für erneuerbare Energien auch gegen Widerstände vor Ort stark gemacht haben.

Auch ist nicht alles, was Bundesrat und Bundestag im Sommer beschlossen haben, gut. Es gibt so manchen Nachbesserungsbedarf bei den in großer Eile verabschiedeten Gesetzen. Wir haben daher zwei wesentliche Forderungen zur weiteren Gestaltung der Energiewende:

1. Erforderlich ist ein Monitoring durch einen unabhängigen Sachverständigenrat, der einmal jährlich die Ziele der Energiewende evaluiert und gegebenenfalls Nachsteuerungsmaßnahmen aufzeigt.
2. Wir brauchen eine nationale Plattform zur Energiewende, bei der neben den drei zuständigen Bundesministerien auch die Kommunen beteiligt werden.

Beides ist auf Bundesebene zu verwirklichen.

Es stellt sich aber auch die Frage, ob wir nicht in Schleswig-Holstein eine landesweite Plattform zur Energiewende unter Einbeziehung der Kommunen benötigen, in der eine Gesamtbetrachtung der notwendigen Maßnahmen und der Folgen möglich ist.

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor diesem Hintergrund wollen wir Sie heute informieren und praktische Lösungsansätze aufzeigen. Damit knüpfen wir an die erfolgreichen Tagungen in 2009 und 2010 an.

Nach dem Vortrag von Ministerin Dr. Rumpf wird Herr Matthias Boxberger uns in die Notwendigkeiten zum Ausbau der Stromnetze in Schleswig Holstein einführen. Die Perspektiven der Verbindung von Ökologie und Ökonomie im ländlichen Raum wird uns Herr Professor Dr. Hans-Jürgen Block von der Innovationsstiftung Schleswig-Holstein aufzeigen.

Nach der Mittagspause werden wir uns in zwei aufeinanderfolgenden Foren mit Lösungen zur Prävention und Bewältigung der Klimafolgen und mit praktischen Fragen der erneuerbaren Energieerzeugung und der Energieeffizienz befassen. Die Moderation der Foren werden Herr Alfred Eberhardt vom Ministerium für Wirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und unser Landesgeschäftsführer Jörg Bülow übernehmen.

Ich danke schon jetzt sehr herzlich allen Referenten des heutigen Tages für ihr Engagement zum Gelingen unserer heutigen Tagung. Ferner danke ich Frau Martina Schütz von der Firma Congress & Presse für die exzellente Organisation dieser Tagung. Außerdem danke ich allen Ausstellern für ihre Präsenz und ihre Unterstützung.

Der Schleswig-Holsteinische Gemeindetag wünscht Ihnen allen einen fruchtbaren Austausch untereinander und einen interessanten Tag.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit !